

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Porto-Zuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 9-8.

Die abendbühnen-Korrespondenz über deren Namen heißt 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wien-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum 2830, 2845, 4518 4602, 4635, 4642, 4651.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Polnische Friedensfabotage

### Abfichtliche Verzögerung

Warschau, 3. August.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Äußern teilt mit: Die polnische Regierung hat im Laufe der Nacht von der nach Baranowitsch entsandten Delegation einen Junkspruch erhalten, wonach der Kommandant der Sowjetfront mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung gleichzeitig die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen verlangsamt und den 4. August zum Beginn der Verhandlungen in Warschau vorgeschlagen habe. Gleichzeitig habe die Sowjetregierung die Entsendung einer neuen, mit entsprechenden Vollmachten versehenen Delegation gefordert, die auch zu Friedensverhandlungen bevollmächtigt wäre.

Es ist augenscheinlich, daß die Sowjetregierung die Waffenstillstandsverhandlungen in der Hoffnung auf die verspätete Hilfe anderer Bundesgenossen aufschieben will. Das Datum des 4. August als Tag des Beginns der Friedensverhandlungen ist unmöglich, denn eine mit so weitgehenden Vollmachten, wie sie die Sowjetregierung fordert, versehene Delegation könnte mit ihren Vorbereitungen weder bis zu der geforderten Zeit fertig werden, noch bei dem Fehlen der Verkehrsmöglichkeiten nach Warschau gelangen. Uebrigens muß die Regierung vor Entsendung einer neuen Delegation den Bericht der vorherigen entgegennehmen.

Eine genaue Veröffentlichung wird in dieser Angelegenheit noch erfolgen.

Die Kundgebung der polnischen Regierung ist ein erneuter Beweis für die Sabotage der Friedensverhandlungen, die Polen im Bunde mit der Entente betreibt. In der Hoffnung auf neue militärische Hilfe von der Entente sucht die polnische Regierung einen schleunigen Waffenstillstand herbeizuführen, um sich danach bis zum Beginn der Friedensverhandlungen militärisch soweit zu kräftigen, daß eine neue diplomatische und militärische Aktion gegen Rußland eingeleitet werden könnte. Dieser Plan ist nun durch den russischen Vorschlag durchkreuzt worden, schon jetzt die Friedensverhandlungen zu beginnen. Da der Termin für diese Verhandlungen von den Russen schon auf den 4. August festgesetzt worden, kann gegen sie nicht der Vorwurf erhoben werden, daß sie die Friedensverhandlungen verschleppen, um günstigere militärische Vorteile zu erlangen. Die Demonstrationen der polnischen Regierung, daß die „Vorbereitungen“ für die Friedensverhandlungen bis zu der geforderten Zeit nicht beendet werden könnten, sind nichts weiter als Schaum-schlagerie. Die Sowjetregierung hatte der polnischen Regierung schon am 22. Juli vorgeschlagen, einen Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die polnische Regierung hatte also genügend Zeit, ihre Vorbereitungen zu treffen, wenn sie den ersten Wunsch hatte, zu einem Frieden mit Rußland zu gelangen.

### Die Entente und Deutschland

M. London, 4. August.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die britische Regierung beabsichtige nicht, Deutschland und Ungarn zur Bekämpfung des russischen Bolschewismus einzuladen.

Die Erklärung Lloyd Georges ist vollkommen ungenügend. Der englische Premierminister müßte sich außerdem noch äußern, ob die Entente die Absicht hat, von Deutschland die ungehinderte Durchfuhr ihrer nach Polen bestimmten Truppen zu verlangen. Es mehren sich die Anzeichen, daß eine derartige Aktion im Gange ist und daß im Falle einer Weigerung Deutschlands, seine Neutralität preiszugeben, die Entente auch vor Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland nicht zurückschrecken werde.

Daß ein solches Vorgehen der Entente in Anbetracht der Stimmung der deutschen Arbeiterklasse von unabsehbaren Konsequenzen sein würde, braucht nicht erst gesagt zu werden. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Regierungen der Entente sich unzweideutig zu dieser Frage äußern und alles unterlassen, was als Vorbereitung für eine derartige Aktion angesehen werden könnte.

### Polnischer Frontbericht

III. Warschau, 4. August.

Polnischer Frontbericht vom 3. August: Nördlich der Gegend von Kolno und im Vorfeld des Flüsschens Schwa Patrouillen-gesichte. Die Besatzung der Festung Komja weist alle Angriffe der Bolschewisten ab. Südwestlich von Komja haben die Abteilungen der Heeresgruppe des Obersten Lubzinski die 18. Sowjetdivision zerstreut, die bei Drozdowo den Karawäberritten hatte. Es wurden 500 Gefangene gemacht, 8 Geschütze und 400 Bagagewagen erbeutet. Zwischen Karaw, Bug und der Linie Sambora-Jablanka-Cechanowicz erbitterte Kämpfe. Bei Cechanowicz hat die wehrfähige Kavallerie Division in schneidigem Gegenangriff 200 Gefangene gemacht, 8 Maschinengewehre und die Bagage eines bolschewistischen Infanterieregiments erbeutet. An der Buglinie, in der Gegend von Drohiczn bis Brest-Litowsk sind erbitterte Kämpfe im

Gange. In der Gegend von Janow greifen unsere Abteilungen bolschewistische Kräfte an, die auf das Südufer des Flüßes gedrungen waren. Südlich davon ist die ganze Buglinie in unserem Besitz. Westlich von Komel haben unsere Abteilungen bei Sokul bolschewistische Angriffe abgewiesen. In der Gegend von Brody dauert die Schlacht mit unverminderter Heftigkeit fort. Wie unsere Flieger berichten, ist der Feind von unseren Abteilungen umzingelt und sucht in der Richtung auf Kraszeniwec nach Osten durchzubrechen. Reiche Beute fiel hier in unsere Hände. Am Sereth, in der Gegend von Mikalinsk, kämpfen unsere Abteilungen in erbitterter Schlacht mit dem Gegner, der um jeden Preis nach Westen durchzubrechen sucht. Unser Gegenangriff, unter Führung von Oberst Janulja entwickelt sich günstig. Wir erbeuteten hier bisher 23 Maschinengewehre und machten eine größere Anzahl Gefangene.

### Brest-Litowsk besetzt

Der russische Heeresbericht vom 2. August meldet: Im Abschnitt von Komja besetzten wir Likotshau. Südwestlich von Bialystok erzwangen unsere Truppen nach hartnäckigen Kämpfen den Uebergang über den Karaw und setzten den Vormarsch nach Masowicz fort. Nach hartnäckigen Kämpfen besetzten wir am 1. August Brest-Litowsk, wobei wir Gefangene und Beute machten. Am Oberlauf des Star-Flusses finden hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge statt. Wir schlugen die Polen von den Anhöhen am rechten Ufer des Sereth-Flusses, südlich der Stadt Czortkow, und drängten den Gegner nach Westen. Im Krimabschnitt finden ähnerst hartnäckige Kämpfe zwischen dem Fluss Konstaja und Berdjonsk statt.

London, 3. August.

Ein Moskauer Junkspruch übermittelt folgenden bolschewistischen Heeresbericht: Wir haben Komja besetzt. Südwestlich von Bialystok haben unsere Truppen nach heftigen Kämpfen den Karaw-Übergang erzwungen und setzen ihren Vormarsch fort. Nach heftigen Kämpfen haben wir am 1. August Brest-Litowsk genommen.

### Der Rückzug der Polnischen Armee

II. Bresthen, 4. August.

In den ober-schlesischen Grenzgebieten wächst die Befürchtung vor den zurückflutenden polnischen Truppen. Karawure und Deserteure nähern sich in großer Anzahl den Grenzübergängen und überschreiten sie. Von Deserteuren erfährt man, daß die polnischen Regimenter in voller Flucht und Auflösung nach der ober-schlesischen Grenze zueilen. Man erwartet ausreichenden Schutz durch die französischen Besatzungstruppen.

### Die Bedingungen der Polen

II. Kopenhagen, 4. August.

Aus Warschau wird gemeldet: Nach einer Erklärung des Vize-ministerpräsidenten Rajkowski werden die Polen bei den Waffenstillstandsverhandlungen an folgenden Bedingungen festhalten: Polen gestattet den Bolschewiken nicht die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Eine Entwaffnung findet nicht statt. Als Demarkationslinie wird man die von Lloyd George festgelegte betrachten, jedoch werden sich die Polen auch mit einer durch die Stellung der Truppen zur Zeit der Unterzeichnung der Übereinkunft markierten Linie einverstanden erklären. Als Hauptbedingung für den Friedensschluß bezeichnet der Minister die Unberührtheit des polnischen Staates, sowie das Selbstbestimmungsrecht der zwischen Polen und Rußland liegenden Länder. Ein Sowjetregiment in Polen sei unmöglich.

### Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen

II. Helsingfors, 4. August.

Aus Dorpat wird über die finnisch-russischen Friedensverhandlungen gemeldet, daß Rußland mit dem finnischen Vorschlag der Bildung einer Kommission zur Weiterführung des vorgelegten Zahlenmaterials einverstanden ist. Bezüglich der bevorstehenden Handelsbeziehungen zwischen Finnland und Rußland teilte ein finnischer Delegierter mit, daß Sowjetrußland einen Tauschhandel wünsche. Finnischerseits wurde die Unmöglichkeit der Eröffnung jeglicher Handelsverbindungen wegen der wirtschaftlichen Gefährdung der Sowjetrepublik erklärt. Die russischen Vertreter erklärten darauf, daß einzelne Handelsübereinkünfte von Fall zu Fall besprochen werden müßten.

### Tatbereite Solidarität

Auf den Appell der Wiener Gewerkschaftskommission, über den wir in der Morgenausgabe berichteten, antwortete der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam: Wir unterstützen den Aufruf der österreichischen Kameraden auf das eifrigste. Wir haben die Gewerkschaftskommission in England, Frankreich und Italien veranlaßt, sofort bei ihren Regierungen vorstellig zu werden und alle Mittel in Anwendung zu bringen, damit das österreichische Volk vor neuem Elend geschützt wird.

### Die Verlustwirtschaft der Verkehrsbetriebe

B. A. Unter dem obigen Titel hat die „Frankfurter Zeitung“ einige Aufsätze gebracht, die sich im Anschluß an die gewaltigen Defizitziffern der Eisenbahn mit den Fragen der bestehenden Organisation auseinandersetzen und zu einem scharf ablehnenden Urteil kamen. Eine an der gleichen Stelle veröffentlichte Entgegnung des preussischen Staatsministers Deser, der in der kritischen Zeit die preussische Eisenbahnwirtschaft geleitet und zu verantworten hat, setzt sich mit der geübten Kritik in sehr sachlicher, eingehender Weise auseinander. Angriff und Verteidigung geben eine Reihe wichtiger Unterlagen für die Beurteilung der Verhältnisse und tragen dazu bei, daß die notwendige Erörterung über die betriebswirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Zustände innerhalb der Reichseisenbahn zu einer tatsächlichen Klärung über die zu ergreifenden Maßnahmen führen kann. Die gewaltigen Erfordernisse, die der große Verkehrsbetrieb mit seiner auf 15 Milliarden Mark veranschlagten Unterbilanz im laufenden Rechnungsjahre stellt, zwingen dazu, diese brennenden Fragen immer wieder aufzurollen. Sache der Eisenbahnfachleute ist es, die einzelnen Probleme genau zu prüfen und den fiskalischen Jopf, der sich überall hervor-drängt, bis an die Wurzel abzuschneiden.

Dabei darf allerdings kein Zweifel sein, daß — wie Herr Deser durchaus richtig betont und wie wir bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht haben — die von der „Frankfurter Zeitung“ in den Vordergrund gerückte Frage der Rentabilität kein ausschlaggebendes Moment bei einem vernünftigen Verkehrsbetriebe bilden kann, sondern daß die Tarifpolitik von den zentralen Interessen der gesamten Volkswirtschaft bestimmt und geleitet werden muß. Daß Verkehrsunternehmen in Hilfsmittele der Produktion und der vor einiger Zeit unter dem Titel „Freie Bahnfahrt“ von Prof. Mehner in der „Kommunalen Praxis“ mit gewichtigen Gründen belegte Vorschlag der Freifahrt auf Eisen- und Straßenbahn trifft in diesem Sinne durchaus den Kern des Problems, obwohl man zu anderen Teilen seiner Argumentation in Ablehnung stehen kann. Die Verwirklichung eines derartigen Gedankens aber kann unserer Meinung nach nur in der sozialistischen Gesellschaft erfolgen, in der die Steigerung der Produktivität zum bestimmenden Faktor der gesamten Wirtschaftspolitik geworden ist, die der Bedarfsbefriedigung der Volksgemeinschaft zu dienen berufen ist.

Diese Stellungnahme gegen eine wirtschaftspolitisch falsche, von rein fiskalischen Gesichtspunkten bestimmte Tarifpolitik hat aber nichts mit unserer sehr entschiedenen und vertretenen Forderung nach der höchsten Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu tun. Was Herr Deser selbst in dieser Beziehung darlegt, gibt eine Vorstellung von der verfehlten Organisation des Arbeitsbetriebes und jagt jedem Menschen, der sich jemals mit derartigen Dingen beschäftigt hat, kalte Schauer über den Rücken:

„Es hat mich als wirtschaftlich orientierten Mann geradezu zur Verzweiflung gebracht, daß die einfachsten rechnerischen Dinge, ohne deren Kenntnis ein kaufmännisches Vorgehen allerdings schwer ist, hinter einem dichten Schleier zu liegen schienen. Ich stieß zuerst bei den Werksstätten darauf. Die genaue Berechnung der Selbstkosten einer Reparatur ließ sich natürlich nicht erzielen, aber es erriet sich überhaupt als unmöglich, die eine Werksstatt wirtschaftlich mit einer anderen in Vergleich zu setzen. Gewiß, es war verzeichnet, welche Werkstoffe sie erhalten hat, wie groß die Beschäftigung und wie hoch deren Lohn, wieviel Wagen oder Lokomotiven sie ausgebessert hat und welcher Art die Ausbesserung gewesen. Aber ob sich die Arbeit in dieser Werksstatt vorteilhafter stellte als in jener — das konnte man vielleicht instinktiv fühlen, schwer aber nachweisen. Davon hing es aber doch ab, ob nicht diese oder jene Werksstatt wegen ihrer veralteten Einrichtung nicht besser zu schließen und durch neue zu ersetzen sei. Dieses Frage taucht bei den Lokomotiven auf, ob nicht veraltete Typen angesichts der hohen Kohlen-, Öl- und Personalkosten mit größerer Wirtschaftlichkeit durch neue zu ersetzen sind. Wieviel kostet der Lokomotivkilometer vor dem Personal- und vor dem Materialerwerb mit dieser und mit jener Lokomotive? Welches Rangiersystem stellt sich am billigsten? Ist es möglich, einen Direktionsbezirk in wirtschaftlicher Hinsicht mit einem anderen zu vergleichen und festzustellen, warum hier relativ billig und dort relativ teuer gearbeitet wird? Wenn ich feststelle, daß auf diese und viele ähnliche Fragen eine exakte Antwort nicht zu erhalten ist, so werden Geschäftsleute darob vielleicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, aber es ist notwendig, diese klaffenden Lücken anzudecken, um zu zeigen, in welcher Richtung sich die Neuorganisation zu bewegen hat.“

Die Erzielung höchster Wirtschaftlichkeit in unserem Sinne hat natürlich nichts mit einer verschärften Ausbeutung des Personals, Abbau des Arbeitsentages und dergleichen zu tun, sondern bedeutet die strengste Wahrung wirtschaftlicher Gesichtspunkte bei der Materialverwendung, Reparaturleistung, die Verwendung der sparsamsten Maschinen, Ausschaltung der hohen Kosten verursachenden, unweidmähigen Zugzusammenstellung im Güterverkehr, das Vermeiden des Verfahrens von Umwegen usw. Die Rationalisierung des gesamten Eisenbahnbetriebes nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist in einer kurzen Formel ausgedrückt die kaufmännische und technische Aufgabe, die sich daraus ergibt.

Daß diese Wirtschaftlichkeit des Betriebes jedoch eng zusammenhängt mit der Stellungnahme des Beamten und Arbeiters zu diesem gewaltigen Staatsunternehmen ist eine





